

Immo-Group-West GmbH
Dynamisch in NRW

Sachverständige Immobilienbewertung & Vermittlung

Zuständig für die Region Dortmund
Marco Lufter
Diplom-Sachverständiger (DIA)
Immobilienvermittlung seit 1993
Tel. 02 31 / 79 30 61 61
www.immogroupwest.de

Afrika hat „gigantisches Potenzial“ Hintergrund
Interview mit Horst Köhler vor der Merkel-Reise

Nur acht Nachtzüge in Deutschland Aus aller Welt
Angebot wird ab Dezember deutlich verkleinert

Ruhr Nachrichten

DORTMUNDER ZEITUNG

RuhrNachrichten.de

Samstag, 8. Oktober 2016

Mo-Fr 1,60 €, Sa 1,80 € / Nr. 235, 40. Woche

IM LOKALEN

Richter stoppen Marsch der Hooligans

DORTMUND. Die Hooligans und Rechtsextremisten, die am heutigen Samstag zu einer Demo nach Dortmund kommen wollen, dürfen nicht durch die Stadt marschieren. Das Oberverwaltungsgericht teilte gestern die Sicherheitsbedenken der Polizei. Wahrscheinlich kommt es jetzt zu einer Standkundgebung am Hauptbahnhof. → **1. Lokalseite**



Wie lange Horst Hanke-Lindemann noch ins Spiegelzelt Zeit einlädt, ist offen. FOTO (A) SCHAPER

Rotstift trifft das Spiegelzelt

DORTMUND. Der Rat hat beschlossen, die Zuschüsse für das Festival Ruhrhochdeutsch bis 2020 zu streichen. Horst Hanke-Lindemann, künstlerischer Leiter, kritisiert die Sparpläne – und hält sogar ein Verlustgeschäft für die Stadt nicht für ausgeschlossen. → **1. und 3. Lokalseite**

IM INNERN

Mix aus Wolken, Sonne und Schauern

Heute ziehen dichte Wolken vorüber, später kommt die Sonne hervor. Es kann kurze Schauer geben. Morgen ist es wechselnd bewölkt, Schauer sind möglich. → **Fernsehen und Service**

Samstag
13°C
Sonnig
Sonntag
12°C
Sonnig



In Düsseldorf fielen alle acht Tuifly-Flüge aus. FOTO DPA

Tuifly sorgt weiter für Unmut

DÜSSELDORF. Beim Ferienflieger Tuifly haben gestern Vertreter von Management und Arbeitnehmern versucht, einen Weg aus der Krise zu finden. Auch gestern fielen fast alle Flüge aus. An den Flughäfen Düsseldorf und Köln strandeten genervte Urlauber.

→ **Seite 2: Kommentar**
→ **Wirtschaft: Kanone**

Innogy startet erfolgreich an der Börse

ESSEN. Die RWE-Tochter für erneuerbare Energien, Innogy, ist gestern an die Börse gegangen. Kurz nach Handelsbeginn lag die Aktie über dem Platzierungspreis von 36 Euro. → **Wirtschaft: Milliarden**

DAX 30
10490,86

€ in \$
1,1140

Sozialhilfe erst nach fünf Jahren

BERLIN. Die Bundesregierung will die geplanten Einschränkungen bei der Sozialhilfe für EU-Ausländer voraussichtlich kommende Woche auf den Weg bringen. EU-Ausländer, die hierzulande nicht arbeiten, sollen erst nach fünf Jahren Aufenthalt Sozialhilfe beziehen können. Damit werden vor allem die Kommunen entlastet. → **Nachrichten: Fragen**

Geldfluss in die Amtsstube

Seit Jahren bezahlt eine kommunale Software-Firma aus dem Ruhrgebiet deutschlandweit Mitarbeiter in Behörden und Ämtern. In Lünen zum Beispiel oder in Münster und im Kreis Recklinghausen. Das Netzwerk scheint sich auszuzahlen. Die Firma ist inzwischen Marktführer, macht 30 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Die Konkurrenz spricht von Wettbewerbsverzerrung.

→ **Seite 2**



Das Rathaus in Lünen

Foto Fiedler

Morddrohung gegen SPD-Chef

Parteitag in Bocholt abgesagt / Gabriel meldet sich / Jäger: „Unerträglicher Angriff“

BOCHOLT. Mit Rücksicht auf seine Familie hat der SPD-Vorsitzende der Stadt Bocholt nach Morddrohungen einen Parteitag abgesagt. Das Aus der für gestern geplanten Veranstaltung bestätigte SPD-Chef Thomas Purwin noch am selben Tag.

Auf der Tagesordnung stand die Wiederwahl des 35-Jährigen. Seine Lebensgefährtin habe große Ängste geäußert, teilte Purwin mit. Er selbst will die Absage nicht als Einknicken vor den Drohungen verstehen. Die Bedenken der Familie könne er aber nicht ignorieren, sagte Purwin gegenüber unserer Zeitung. Zu-

erst hatte das „Bocholter Volksblatt“ über die Absage im Münsterland berichtet.

Der Kommunalpolitiker, der in Bocholt das Ständesamt leitet, muss sich seit Jahren immer wieder fremden- und judenfeindliche Beschimpfungen per Mail und bei Facebook gefallen lassen. „Auch der Bürgermeister und Kämmerer in Bocholt erhalten seit Beginn der Flüchtlingskrise diese üblen Beschimpfungen“, sagte Purwin.

Der Staatsschutz der Polizei hat Ermittlungen zu den Hassmails aufgenommen. Purwin erklärte im Gespräch mit unserer Redaktion, dass sich gestern auch der SPD-

Parteivorsitzende Sigmar Gabriel in einem Telefonat nach den Vorfällen erkundigte. Er kündigte an, nach Bocholt zu kommen, wenn der Parteitag nachgeholt wird.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) verurteilte die Drohungen als „unerträglichen Angriff auf Menschen, die sich für die Demokratie und das Gemeinwohl einsetzen“. Es gebe in der Gesellschaft die besorgniserregende Tendenz

Mehr zum Thema

Bericht „Die Familie ist wichtiger“, Nachrichten
Im Internet Hintergrund: Drohungen gegen Politiker

zur Verhörung. „Die Aggressions-Spirale dreht sich immer schneller. Das zeigt sich etwa in Hass-Postings und Cyber-Mobbing. Oder entlädt sich sogar in gewalttätigen Angriffen auf Politiker“, sagte Jäger. Nach Zahlen des Innenministeriums gab es bis September im laufenden Jahr ein Dutzend Fälle von Bedrohungen gegen Amtsträger in NRW, 42 Mal gingen Anzeigen wegen Beleidigungen ein. 19 Mal registrierte die Polizei Sachbeschädigungen, zum Beispiel bei Angriffen gegen Parteibüros. Auch bundesweit haben Angriffe gegen Lokalpolitiker wegen der Flüchtlingspolitik zugenommen. *dpa/obr*

Heute in unseren Magazinen:
Schönes Wochenende

Franziska van Almsick:
Sprecherrolle bei „Findet Dorie“
Christine Nöstlinger:
Schriftstellerin feiert ihren 80. Geburtstag



Das Reisemagazin



USA: Nationalparks in Washington State
Gewinnspiel: Auszeit in der Lüneburger Heide

Defekt hält Tornados am Boden

BERLIN. Der Tornado-Einsatz der Bundeswehr gegen die Terrormiliz IS ist wegen eines technischen Defekts an den Aufklärungsflugzeugen vorerst ausgesetzt. Wie die Bundeswehr mitteilte, müssen alle auf der türkischen Nato-Luftwaffenbasis Incirlik stationierten Maschinen zunächst am Boden bleiben. Von der Industrie sei ein technischer Mangel an einem Bauteil festgestellt worden. Insgesamt sind mehrere Dutzend Maschinen betroffen. *dpa*
→ **Seite 2: Kommentar**
→ **Nachrichten: Kampfjets**

Schüler warf Stein auf die A42 – Prozess

Fall erinnert an tödlichen Unfall in Dänemark / 15-Jähriger steht seit gestern vor Gericht

BOCHUM. Ein 15 Jahre alter Schüler muss sich seit gestern wegen eines Steinwurfs von einer Brücke auf die A42 bei Herne wegen Mordversuchs vor Gericht verantworten.

Wohl nur dem Glück und der schnellen Reaktion eines LKW-Fahrers ist es zu verdanken, dass am 17. Juni 2015

niemand verletzt wurde. Laut Anklage schleuderte der Jugendliche einen Stein mit rund zwölf Zentimetern Durchmesser direkt auf die Windschutzscheibe eines Tanklasters. Das Glas splitterte zwar, brach aber nicht, sodass der Fahrer sein schweres Gefährt sicher anhalten konn-



Diesen Stein warf der 15-Jährige auf die A42. FOTO DPA

te. Noch aus dem Führerhaus rief der Mann die Polizei, die den Schüler wenig später festnehmen konnte.

Erst im August starb in Dänemark eine Recklinghäuserin, nachdem das Auto ihrer Familie von einem Betonklotz getroffen worden war. *von*
→ **Hier und Heute: Einfach**

Von der Rolle

Folge 371 / Herbstferien beginnen

Irgendwie waren in den vergangenen Tagen viele Menschen, mit denen ich so im Alltag zu tun habe, von der Rolle. Es ist Zeit für eine Pause. Gut, dass die Herbstferien beginnen.

Von der Rolle sein. Als Ruderer verbringe ich jede Woche Zeit im Boot auf einem Rollsit. Die kleinen Rollen spielen eine große Rolle. Geht eine kaputt, ist das Chaos auf dem Wasser groß. Und das Bootshaus hoffentlich nah. Doch die Rolle von *von der*

Rolle sein kommt nicht aus dem Rudersport. Auch nicht aus dem Walzwerk. Oder vom Bodenturnen.

Wir alle spielen Rollen. Tragende, führende, entscheidende, schlechte ... Rollen. Zu Hause, in der Schule, bei der Arbeit. Doch auch diese Rollen spielen bei *von der Rolle sein* keine Rolle. Früher erhielten Schauspieler beim Theater ihre Texte auf Papierrollen. Woher sich das Rollenspiel erklärt.

Und manche Rollen-Redensart. Zum Beispiel *keine Rolle spielen* im Sinne von nicht wichtig sein: *Geld spielt keine Rolle.* *Von der Rolle sein* kommt aus dem Radsport. Beim Steher-Rennen will der Radfahrer den Kontakt seines Vorderrades zur Rolle des vorausfahrenden Motorrades nicht verlieren, um im Windschatten zu bleiben. Schöne Tage, kommen Sie gut ins Rollen. *Wolfram Kiwit*

Rede

Wendung

Siege fest eingeplant



Mit der klaren Vorgabe von zwei Siegen schickt Joachim Löw die deutsche Fußball-Nationalmannschaft in die WM-Qualifikationsspiele gegen Tschechien und Nordirland. „Ich gehe davon aus, dass wir die drei Punkte einfahren“, erklärte der Bundestrainer vor der ersten Aufgabe heute (20.45 Uhr/RTL) in Hamburg gegen die Tschechen. „Die Mannschaft hat im Training einen guten Eindruck hinterlassen, wirkt frisch und sehr konzentriert“, berichtete der Coach gestern. → **Sport**

FOTO AFP

ANZEIGE

RN shopping
Dortmund hat alles.

ELASTEN® Trinkampullen
Beauty-Drink statt Botox – geben Sie Ihrer Haut die Feuchtigkeit zurück! Inkl. einem kostenlosen 5er On-Pack: statt 89,-€ nur **68,95€**.
Jetzt reservieren!
www.RN-shopping.de

Ruhr Nachrichten Pressehaus, Westenhellweg 86-88, 44137 Dortmund
Leserservice: **0800 6655443**, Redaktion: **0231 9059 0**
Anzeigen: **01801 224402**, (3,9 Ct./Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.)
info@ruhrnachrichten.de • www.ruhrnachrichten.de



K13187 4 191318 701805 6 10 40

D1

KOMMENTARE

Das Chaos bei Tuifly
Vertrauensverlust

So ein Ärger ausgerechnet jetzt zur Herbstferienzeit: Für viele endet die lange erräumte Reise in den Urlaub, bevor sie begonnen hat. Der Frust an den Flughafen-Terminals in Deutschland ist ebenso verständlich wie die Wut derer, die irgendwo im Ausland gestrandet sind. Die Auseinandersetzungen bei Tuifly und Air Berlin sind ein beispielloser Vorgang. Wenn sich plötzlich massenhaft Crews krankmelden, zeigt das, wie vergiftet das Klima zwischen Belegschaften und Management ist. Tiefe Verunsicherung und Job-Angst der Beschäftigten sind angesichts der jetzigen Lage und dem drohenden Kahlschlag mehr als verständlich. Doch schneiden sich Mitarbeiter, die jetzt aus Protest kurzerhand den Krankenschein einreichen, am Ende ins eigene Fleisch.

Sie schädigen das Unternehmen nicht nur finanziell, sondern nehmen auch noch einen Vertrauensverlust bei

den Kunden in Kauf. Jetzt setzt zumindest das Management auf Entspannung in dem Konflikt, will die Entscheidung über mögliche Einschnitte bis Mitte November verschieben. Ist eine schnelle Rückkehr zum normalen Flugbetrieb möglich? Die Politik kann durchaus einen Beitrag leisten, zwischen Arbeitnehmern und

»Jetzt muss es darum gehen, den betroffenen Reisenden den Rücken zu stärken.«

Führung wieder Vertrauen aufzubauen. Gewerkschaften zeigen kein Verantwortungsbewusstsein, wenn sie entweder zu Massen-Krankmeldungen schweigen oder sie gar noch öffentlich gutheißen. Es ist jedenfalls an Kaltschnäuzigkeit kaum zu überbieten, wenn Tuifly erklärt, das alles sei höhere Gewalt und deshalb müssten keine Entschädigungen gezahlt werden. Die Flugpassagiere haben gesetzlich klar beschriebene Ansprüche auf einen finanziellen Ausgleich für die entstandenen Unannehmlichkeiten. Diese müssen jetzt auch durchgesetzt werden. Rasmus Buchsteiner

Lockere Schrauben beim „Tornado“
Es wird peinlich

Deutsche Soldaten müssen im Kampf gegen die Terrormiliz IS eine Pause einlegen, weil in den Bundeswehr-Tornados womöglich ein paar Schrauben locker sind. Erst zu Jahresbeginn wurden technische Pannen eingeräumt, die Aufklärungsflüge bei Nacht zunächst unmöglich machen.

Doch langsam wird es peinlich, stellt sich die Frage, in welchem Zustand eigentlich die Luftwaffe ist. Wer nicht müde wird, auf die gewachsene sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands in der Welt hinzuweisen und die Bun-

deswehr in immer mehr Einsätze schickt, sollte auch die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Mit betagtem und anfälligem Fluggerät jedenfalls gelingt dies nicht. Pleiten, Pech und Pannen – dass es ein Zufall war, dass die Nachricht vom Tornado-Defekt erst bekannt geworden ist, nachdem die Bundestags-Delegation ihren Besuch auf dem Stützpunkt beendet hatte, mag man nicht recht glauben. Und mit Flugzeugen, die am Boden bleiben müssen, gewinnt man den Kampf gegen den IS sicher nicht. Andreas Herholz

GEWINNER & VERLIERER

+ Ban Ki Moon
Große Verdienste um Klimaschutz

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ist für seine Verdienste um den Klimaschutz mit dem Ehrenpreis des Deutschen Nachhaltigkeitspreises geehrt worden. Schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt 2007 habe er den Klimawandel als „die bestimmende Herausforderung unserer Zeit“ benannt, hieß es zur Begründung.

- R. Kadyrow
Kinder mussten im Ring kämpfen

Der kremltreue Politiker Ramsan Kadyrow hat mit einem Ringkampf unter Kindern russlandweit für Empörung gesorgt. Der autoritäre Republikchef von Tschetschenien hatte bei einer Gala in Grosny unter anderem seine drei Söhne im Ring gegen Gleichaltrige antreten lassen.

LESERFORUM

Dr. Stefanie Arnold aus Dortmund zum Raucher-Rentner
Nicht angemessen

Mit Erstaunen habe ich in Ihrer Ausgabe vom 29. September feststellen müssen, dass für Ihren Berichterstatte einen rauchenden Rentner einen fünfspaltigen Bericht mit großem Foto wichtig erscheint. In einer Zeit, wo das Rauchen in allen Medien wegen der hohen Kosten für die Krankenkassen (Lungenerkrankungen) negativ beurteilt wird und selbst die Zigarettenschachteln schreckliche Bilder vermitteln, erscheint mir das nicht angemessen. Wenn dann aber eine hohe Persönlichkeit wie Shimon Peres einen zweispaltigen Kurzaufsatz mit Foto auf der ersten Seite erhält, frage ich mich, wo Sie als überregionale Tageszeitung die Prioritäten setzen. Ein rauchender Rentner gegen einen Nobelpreisträger? Mein Verständnis hat Ihr Mitarbeiter nicht.

Wir freuen uns über Ihre Meinung. Diskutieren Sie im Internet mit oder schreiben Sie an leserforum.westnews@mdhl.de. Leserbriefe bitte an: Ruhr Nachrichten, Westenhellweg 86-88, 44137 Dortmund, Stichwort: Leserbrief. Kürzungen behalten wir uns vor.

Nebenjob für Behördenmitarbeiter

Wie eine kommunale Software-Firma sich in städtischen Verwaltungen eingenistet hat

HERTEN. Das städtische Unternehmen Prosoz Herten verkauft Software an deutsche Behörden. Die Firma ist inzwischen Marktführer in Deutschland. Doch ihre Methoden sind zweifelhaft. Denn Prosoz bezahlt Verwaltungsmitarbeiter in den Städten dafür, dass sie ihre Software testen. Mehrere Hunderttausend Euro gibt die Firma im Jahr dafür aus.

Auch in Behörden wird spezielle Software gebraucht. Programme, mit denen Beamten Bauanträge bearbeiten oder Zahlungen an Arbeitslose und Jugendliche verwalten. Angeboten wird solche Software etwa von der Firma Prosoz – einer Tochter der Stadt Herten. Prosoz verdient am Geschäft mit Kommunal-Software, setzte im vergangenen Jahr 27 Millionen Euro um. Ein Teil fließt über die Beteiligungsgesellschaft zurück in den städtischen Haushalt von Herten.

Doch Prosoz spielt nicht fair – das zumindest werfen Konkurrenten dem Unternehmen vor. Seit Jahren bezahlt Prosoz quer durch deutsche Städte und Kreise Verwaltungsangestellte in Ämtern als „freie Mitarbeiter“. Offiziell testen sie die Software oder bilden die Kollegen aus. Doch diese Ämter sind gleichzeitig auch Kunden von Prosoz.

Ein Ex-Geschäftsführer von Prosoz bestätigt, dass die freien Mitarbeiter für „gute Stimmung“ in den Ämtern sorgen sollen. Sei die Stimmung gut, würden Ausschreibungen so formuliert, dass nur Prosoz sie erfüllen kann, sagt er. Wenn es denn überhaupt eine Ausschreibung gebe. Trifft das zu, muss das Honorar, das Prosoz an Verwaltungsmitarbeiter zahlt, als Gefälligkeit gewertet werden – als flächendeckende Landschaftspflege, um auch künftig Aufträge zu erhalten. Oder einfach als Korruption. Prosoz sagt, jeder Verdacht auf Korruption sei „unbegründet“.

Etwa 850 000 Euro für 120 Behörden-Mitarbeiter in 103 Kommunen hat Prosoz zwischen 2011 und 2015 ausgegeben. Damit die Firma Auskunft darüber gibt, wo diese „freien Mitarbeiter“ beschäftigt sind, war ein Prozess durch zwei Instanzen notwendig. In Lünen und im Kreis Recklinghausen gab es Mitarbeiter. Im Kreis Borken bis zu drei gleichzeitig. In Münster wurden kontinuierlich bis zu drei Behördenmitarbeiter auch von Prosoz bezahlt. In Herne und Herten



Wenn kommunale Mitarbeiter auch für den Software-Lieferanten arbeiten, droht ein Interessenkonflikt.

FOTO DPA

„Durch Abhängigkeiten werden objektive Entscheidungen in den Kommunen nicht mehr getroffen.“

Jürgen Lämmerzahl, Geschäftsführer der Lämmerzahl GmbH

bekamen 2015 je zwei Mitarbeiter Geld von Prosoz. Darauf angesprochen, erklärt ein Großteil der 103 Kommunen unisono: Alles sei mit rechten Dingen zugegangen. Sie betonten: Mitarbeiter mit Prosoz-Nebenjob seien keine Entscheidungsträger bei Vergaben von Software-Aufträgen.

Formal mag das stimmen. Doch viele, die von Prosoz Geld erhalten hatten, leiten IT-Abteilungen oder Sachgebiete. Einige Beispiele:

Im Ennepe-Ruhr-Kreis stellte das Sozialamt 2013 um auf Prosoz-Programme – und hatte den Auftrag nicht ausgeschrieben. Die Leiterin der Sachbearbeitung war nebenberuflich für Prosoz tätig.

Im Arbeits- und Sozialamt des Landkreises Wolfenbüttel hat die EDV-Chefin seit 2011 einen Vertrag mit Prosoz. Erst in diesem Jahr wurde in ihrem Amt ein Auftrag vergeben: an Prosoz. „Natürlich“ habe die Systemverantwortliche an der Ausschreibung mitgewirkt, sagt ein Sprecher des Kreises. Der Vergabevorschlag erfolgte letztlich aber durch die Leitungsebene.

In Wiesbaden hat Prosoz bis zu neun Verwaltungsmitarbeiter unter Vertrag genommen. Einige Mitarbeiter dort bekamen für ihren Nebenjob über 2500 Euro im Jahr.

Prosoz und die Kommunen betonen, dass Nebentätigkeiten angezeigt oder genehmigt wurden. Offenbar war das nicht immer der Fall. Herne und der Kreis Dahme-Spreewald sagen, in ihren Reihen gebe es keine Mitarbeiter mit Prosoz-Nebenjob. Prosoz selbst gibt aber an, in beiden Verwaltungen Mitarbeiter zu bezahlen. Auch dort wurden Aufträge an Prosoz vergeben.

Stephan Idel bestätigt das. Er ist Geschäftsführer von Prosozial GmbH, eben-

falls ein Anbieter von Ämter-Software. „Die Praxis der Honorar-Verträge geht zulasten des fairen Wettbewerbs“, sagte er und berichtet von Verwaltungsmitarbeitern mit Nebenjob, die wie Vertreter für Prosoz-Produkte warben. Gebote der Konkurrenz seien bei Ausschreibungen an Prosoz weitergegeben worden. Ein weiterer Konkurrent versucht derweil, gerichtlich gegen Prosoz vorzugehen – wegen Vorteilsnahme und -gewährung.

Doch ist die Beschäftigung von Mitarbeitern der Kunden verboten? Olaf Reidt, Experte für Vergaberecht an der Humboldt-Universität in Berlin, stellt fest: „Es ist nach dem Vergaberecht nicht zulässig, dass man an beiden Seiten des Verhandlungstisches sitzt.“ Es sei denn, man könne einen Interessenkonflikt ausschließen, indem man „entsprechende Mitarbeiter aus dem Verfahren nimmt.“ Eine Gratwanderung also. Ein Sprecher des Vereins mittelständischer IT-Dienstleister nennt die Praxis als „durchaus zu kritisieren“.

Kritik gibt es auch an der Verflechtung von Prosoz mit der Politik. Wie in den meisten kommunalen Unternehmen des Ruhrgebiets dominiert auch bei Prosoz das Rot der SPD. Ulrich Paetzel (SPD) war bis Mitte des Jahres noch Bürgermeister in Herten, ist inzwischen Chef der Emshergenossenschaft. Er war PR-Manager bei Prosoz. Und Cay Süßkrüb, ehemaliger Geschäftsführer von Prosoz, ist heute für die SPD Landrat im Kreis Recklinghausen.

Nicht selten seien Aufträge nicht durch Gebote gewonnen worden, sondern durch Telefonate mit befreundeten SPD-Bürgermeistern, sagt der Insider. Martina Ruhardt ist bei den Linken im Kreis Recklinghausen. Sie sagt: „SPD-geführte Kommunen sind geneigt, Aufträge an Prosoz zu vergeben.“

Epilog: Der Antikorruptionsbeauftragte der Stadt Herten, Matthias Steck, wollte sich auf Anfrage nicht offiziell mit dem Thema befassen. In einer E-Mail an die Pressestelle der Stadt Herten, die dem Autor vorliegt, ist zu lesen: „Wir werden ihn nicht so leicht los (...). Ich denke, wir sollten insbesondere allmählich Prosoz informieren.“

Benedict Wermer

Der Autor ist Reporter der Redaktion Correctiv.Ruhr. Die Redaktion finanziert sich ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. www.correctiv.org



KARIKATUR STUTTMANN

NRW erhöht Druck auf „Lies!“-Aktion
Koran-Verteilung

DÜSSELDORF. Der NRW-Landtag macht Druck gegen die Hintermänner der dubiosen Koran-Verteilungsaktion „Lies!“. Mit Mehrheit beschloss das Parlament gestern einen Antrag, der alle staatlichen Institutionen auffordert, die Aktivitäten des islamistischen Netzwerks unverzüglich zu unterbinden. Ein Verbot liege aber in der Zuständigkeit des Bundesinnenministers. Land und Kommunen haben keine Möglichkeiten, die eindeutig extremistische Kampagne grundsätzlich zu stoppen. dpa

ZITAT



„In einem Jahr mit so viel Gewalt, Verlust und Hoffungslosigkeit erinnert uns Präsident Santos daran, dass wir weiter daran arbeiten müssen, das Leid zu beenden, und die Hoffnung auf Frieden neu aufgeben dürfen.“

Malala Yousafzai, Friedensnobelpreisträgerin aus dem Jahr 2014, gratulierte gestern Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos zu dessen Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis 2016.